

„Wieder eine neue politische Bewegung??? Wozu? Was soll das???“

Eine gute und berechtigte Frage – die zu beantworten ist!

Schon allein die Entscheidung, tatsächlich so richtig voll und ganz politisch aktiv zu werden, ist alles andere als leicht(fertig) zu treffen. Es ist eine schwerwiegende Entscheidung mit massiven Folgen für andere und insbesondere auch für sich selber!

Ja der Entschluss noch viel mehr, wirklich eine weitere politische Bewegung aus dem Boden zu stampfen – wenn auch eine völlig neuartige. Vielleicht sogar da ganz besonders!

Trotz dieser Umstände lassen insbesondere die Ereignisse der letzten Wochen (sogar [bis jetzt](#)) fast gar keine andere Wahl (siehe nur als aktuelle Beispiele das neue [Mitbestimmungsstatut](#), die Entscheidungen zum [Allianz-Stadion](#), den jüngsten [Sozialbericht](#), die stetig steigenden [Arbeitslosenzahlen](#) und viele, viele, viele andere).

Außer eben die, als Bürger, Wähler und Steuerzahler, Vermieter, Mieter oder Wohnungssuchender, Arbeitnehmer, Arbeitsloser, Kleinunternehmer oder Geschäftstreibender, Jugendlicher oder Pensionist, Pflegebedürftiger oder Pflegenden, Anleger oder Kreditnehmer, hier Genannter oder sonst Betroffener alles und jedes mit sich geschehen zu lassen.

Wo die derzeitigen Entscheidungsträger stehen - oder nicht stehen, was sie tun - oder nicht tun, haben sie gerade in der letzten Zeit hinlänglich bewiesen.

Vor allem auch WIE sie das tun: Mehr noch als das ohnehin schon kritisierenswerte Ergebnis selbst schockiert leider die Art, WIE bestimmte Entscheidungen vonstattengehen.

Nicht nur die in Regierungsverantwortung stehenden politischen Kräfte sind hier zu nennen, sondern auch die der Opposition - noch dazu in unterschiedlicher Struktur (Bund, Land/Gemeinde, Stimmverhalten im Bezirk, ...).

Und nicht nur Handelnde in der Legislative sind involviert. Ebenso betrifft die hier anzubringende Kritik Amtsinhaber der Exekutive, Instanzen der Judikative, Ombudsstellen und Interessensvertretungen, Medien etc. etc.!

"The man in the street has no lobby!"

Wir sind schutzlos!

Und das ist eine Tragödie.

Natürlich kann man dazu völlig anderer Meinung sein – nämlich ...

„Aber das stimmt doch alles nicht! Eh alles bestens!“

Bei näherer Betrachtung erkennt man aber, dass diese Meinung immer stärker und stärker nur mehr von jenen Personen vertreten wird, die aus dem momentanen System und Handeln profitieren. Besser gesagt: Die GLAUBEN, daraus zu profitieren. Denn in Wahrheit kennt das jetzt herrschende System keine Sieger, sondern bloß Verlierer. Es dauert lediglich, bis eben auch die nächste Schicht in der gesellschaftspolitischen Nahrungskette betroffen ist und aufgefressen wird. Das darf so nicht bleiben!

Klar kann man der Meinung sein, dass man aus den eher gesamtpolitisch mikroskopischen und teils nur regional relevanten Ereignissen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten sollte.

Das Schlimme ist nur: Je näher und direkter man als Betroffener an den politischen Prozessen dran ist, desto unmittelbarer erlebt man die Impertinenz, mit welcher hier gearbeitet wird.

Natürlich kann man damit spekulieren, dass die sowieso schon bestehenden Kräfte der Opposition nach den nächsten Wahlen und neu gemischten Karten durchgreifen, die Missstände beseitigen und die anstehenden Probleme lösen werden.

Doch in Wahrheit ändern sich nach den Wahlen nur die Akteure – nicht die Handlungsweisen. Mittlerweile kann man die Schaltstellen schon ziemlich beliebig besetzen – für die Menschen an der Basis ändert sich NICHTS. Schlimmer noch! Schon VOR den Wahlen wird inzwischen schon die kritische Oppositionsarbeit eingestellt oder zumindest zurückgefahren, um sich nachher als Regierungspartner bestmöglich anzubieten. Der nächste Deal, den in Wahrheit die Bürger bezahlen!

Wenn man verändern möchte, **WAS** die Politik entscheidet, muss man davor verändern, **WIE** Politik funktioniert. Und dafür wiederum ist maßgeblich, **WER** Politik macht.

Wer dieselben wählt, bekommt auch mehr vom Selben! Wer jedoch nicht wählt, nimmt seine Stimme aus dem Rennen und hilft damit denen, die heute im Amt sind. Beides also keine tauglichen Optionen für eine Veränderung der heute so unbefriedigenden Situation!

Aber ehe man über den Status Quo nur schimpft und zetert, sich als Bürger und Wähler aus dem politischen Geschehen frustriert zurückzieht oder gar zu Gewalt oder anderen unlauteren Mitteln greift, um gegen Missstände aufzubegehren, sollte man im derzeit vorgegebenen Rahmen selbst alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um ausreichend und in die richtige Richtung zu verändern. Zumindest nach besten Kräften, nach bestem Wissen und Gewissen versucht sollte man es haben.

Und DARUM geht es!

Das bedarf einerseits **konkreter, kluger und zukunftsorientierter Ideen** und andererseits auch **Personen, die ihr Charisma, ihre Einstellung, ihre Versprechen und ihr darauf aufbauendes politisches Votum nicht zum Markt tragen.**

Dafür BEIDES möglichst optimal zu finden - und das RASCH - ist die Herkulesaufgabe der allernächsten Wochen und Monate.

„Die nächste Lügner-, Betrüger- und Abzocker-Partei!“

Eine wirkliche Katastrophe, was da abläuft, denn mit jeder politischen Bewegung, der man zu Unrecht das Vertrauen geschenkt hat, sinkt logischerweise das Vertrauen in andere politische Kräfte – egal ob bestehende oder neue.

Nur – siehe die Ausführungen zuvor: Daraus profitieren ausgerechnet die, die einen schon betrogen haben und deswegen an der Macht sind! Ist das nicht verrückt?

Das allein ist natürlich kein ausreichender Grund, einer neuen politischen Kraft automatisch zu vertrauen. Dazu bedarf es mehr!

Deswegen gehen die ersten Überlegungen, Politik zu verändern, im Rahmen des Statutsentwurfs NACH INNEN, nicht in einem Grundsatz- oder Wahlprogramm nach außen!

Wie schafft man eine Parteikonstruktion, innerhalb derer die dann gewählten Mandatare nach einem Urnengang das auch halten müssen, was sie vor der Wahl versprochen haben?

Geht das überhaupt – bei der gesetzlichen Freiheit des Mandats?

Wenn unsere Antwort darauf „Nein“ ist, dann haben wir damit eigentlich die repräsentative Demokratie, welche wir per Verfassung als Staatsform gewählt haben, als bloßen Etikettenschwindel und Ding der Unmöglichkeit abqualifiziert. Eine Antwort also mit maßgeblichen Auswirkungen!

Wenn diese Demokratieform aber wirklich „leben“ und für die Bürger funktionieren soll, dann brauchen wir Menschen in der Politik, die wirklich nach bestem Wissen und Gewissen das heute anscheinend schier Undenkbare bewerkstelligen wollen und tun werden: **Die Politik im Grund genommen GEGEN die gerade selbst erreichte Macht zu reformieren!**

Gibt es solche Idealisten überhaupt (noch, wieder, ...)?

Wenn nicht, dann haben wir verloren. Und zwar ALLE!

Wenn nicht, dann SIND wir verloren. Und zwar ALLE!

Also machen wir uns besser auf die Suche nach diesen Menschen ...

„Alles von langer Hand geplant! Blabla weil einer politisch was werden will!“

Klar ist, dass alles an Argumentarium seitens der politischen Gegner ausgeschöpft und auch sonst jedes zu Gebote stehendes Mittel ergriffen werden wird, um so eine politische Kraft möglichst zu unterbinden.

Alle gemeinsam werden sie das tun – denn was da auf der Seite zuvor mit der erklärten Absicht dieser politischen Bewegung in Frage gestellt wird und in Gefahr gerät, das sind sämtliche Pfründe aus einer Berufspolitik, die sich über alle Couleurs hinweg bloß durch die Vorspiegelung falscher Tatsachen (nämlich nie so wirklich ernst gemeinte Wahlversprechen) das Vertrauen der Wähler, ihre Stimmen und somit öffentliche Gelder erschleicht!

Um diesen Kräften zwei – hoffentlich für jeden plausible – Antworten zu geben:

Wäre ein politisches Aktivwerden und Antreten wirklich schon konkret geplant gewesen, dann würde nicht bis zur Wien-Wahl (zu rechnen ist mit einem Termin Mitte Juni 2015) für das noch zu leistende Arbeitspensum ein jetzt derart herausfordernder Zeitdruck bestehen!

Es waren vielmehr die (seitens der amtierenden Politik durchaus vermeidbaren!) Geschehnisse zum Jahresende 2014, die klar gemacht haben, dass es so wie bisher einfach nicht weitergehen kann - ob man nun will oder nicht!

Die zweite Antwort ergibt sich aus dem Statutsvorschlag – weil nämlich ordentliche Mitglieder der Partei, welche das Programm erarbeiten und dessen Umsetzung überwachen **EHRENAMTLICH TÄTIG sind und NICHT für eine politische Funktion kandidieren** dürfen.

Auf den Proponenten der Partei kommt also lediglich noch mehr Arbeit zu – und (schon im eigenen Interesse möglichst überschaubar zu haltende) Kosten.

Sonst gar nichts!

Abgesehen davon natürlich dass die Chancen steigen, endlich die anstehenden Probleme anzugehen und zu lösen – für uns alle, jeden einzelnen von uns!

„Und die wollen aus dem Stand die Hürden bei der Wien-Wahl nehmen?“

Ein schwieriges Unterfangen – für Kleinparteien überhaupt, für neue Parteien ganz besonders – und für DIESE Partei wohl an der Grenze des Machbaren:

Der Gegenwind durch andere Parteien, Medien etc. ist als äußerst stark zu erwarten. Man wird versuchen, diese Partei möglichst totzuschweigen, zu diffamieren, lächerlich zu machen, zu attackieren etc. etc. – weil es eben um wirklich sehr viel geht!

Außerdem hat diese politische Bewegung vor, **keinerlei Wahlkampf im klassischen Sinn** zu betreiben – keine Werbeeinschaltungen, Plakate, Inserate, Give aways etc.!

Das Wissen um diese Partei soll über die Arbeit in diversen Foren, per Mail und Mundpropaganda etc. gesteigert werden.

Die Vorteile dessen:

Die Bürger und Wähler haben den klassischen Wahlkampf satt! Sie wollen keine Politiker, die sich bloß ein paar Wochen vor dem Urnengang um die Wähler bemühen, sondern die gesamte Amtszeit lang. Sie wollen keine bunten Plakate oder großen Inserate, sondern die wahrhaftige Vertretung ihrer Interessen und Hilfe – dann, wenn sie die brauchen.

Und diesbezüglich kann diese neue politische Bewegung sehr wohl auf einige Wahrhaftigkeit beim Bemühen um die Menschen und die Sache verweisen. Mehr Einsatz, als die amtierenden Politiker vorweisen können!

Den Menschen sollte auch nahezubringen sein, dass das für den Wahlkampf durch andere Parteien ausgegebene Geld zu einem erklecklichen Teil aus den Taschen der Steuerzahler stammt. Das möchte diese neue politische Partei auch im Sinne der Steuerzahler vermeiden. Keine Ausgaben – schon gar nicht zu Lasten der Wähler!

Das Wählerpotential ist enorm groß – allein schon aus dem Betroffenenkreis im Wiener Gemeindebau, aber in Wahrheit auch aus der übrigen Bevölkerung, die sich durch die heute amtierende Politik nicht vertreten fühlt.

Die Mithilfe jedes Einzelnen ist dabei von entscheidender Bedeutung!

Außerdem prüft die sich konstituierende Partei für das erste Antreten bei der Wien-Wahl 2015 auch die Möglichkeiten einer Kooperation im Rahmen eines Wahlbündnisses.

„Ein Wahlbündnis? Das bedeutet ja schon vom Start weg nichts Gutes!“

Ein Wahlbündnis bringt neben einigen Vorteilen (Ressourcenteilung, Nutzung der einzelnen Stärken der teilnehmenden Gruppierungen, vor allem höheres Wähler-Gesamtpotential) natürlich undiskutiert auch Nachteile und Gefahren mit sich: Vereinnahmung der politischen Bewegung, Abstriche im Umsetzungsprogramm, beeinträchtigte Glaubwürdigkeit, erforderliche Mandatsaufteilung, Streitigkeiten, etc. etc.!

Bereits im Vorfeld wurde im Statutsentwurf diesen Gefahren vorgebeugt, um die Stärken der neuen politischen Bewegung ungeachtet eines allfälligen gemeinsamen Antretens über den Wahlvorgang hinweg in die Umsetzungsphase danach überzuführen.

Außerdem ist die Entscheidung zu einem Wahlbündnis noch gar nicht gefallen.

„Besser ist es, diese Wahl auszulassen und nicht anzutreten!“

Das würde bedeuten, in Wien als dem bevölkerungsreichsten Teil Österreichs für etwa weitere fünf Jahre auf eine Umgestaltung zu verzichten und die derzeit herrschenden Kräfte ohne Einflussnahme auf Augenhöhe und daher ohne ernstzunehmendes Korrektiv weiter agieren zu lassen.

Das ist KEINE TAUGLICHE OPTION !!